LAND BRANDENBURG

Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13, Haus S
14467 Potsdam

Pressesprecher
Kontakt: Gabriel Hesse
Telefon: 0331 866-7011
0331 866-7019
Mobil: 0174 6999572

E-Mail: pressestelle@mleuv.brandenburg.de
Internet: https://mleuv.brandenburg.de
Social Media

Potsdam, 26. November 2026

Pressemitteilung

Nummer: 236/2026

Ministerin Mittelstädt: „Grundidee von LEADER muss ab 2028 erhalten bleiben“

Landtag beschließt Antrag zur Zukunft von LEADER – Sorge vor zentralisierter Förderstruktur

LEADER zählt zu den wichtigsten Förderinstrumenten für die ländlichen Räume. Das Programm wird mit Mitteln der Europäischen Union und des Landes Brandenburg finanziert. In der neuen EU-Förderperiode ab dem Jahr 2028 wird sich LEADER in seiner Struktur und Finanzierung voraussichtlich deutlich verändern. Die genaue Ausgestaltung für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen ist noch Gegenstand laufender Verhandlungen auf EU-Ebene. Vor diesem Hintergrund hat Landwirtschafts- und Umweltministerin Hanka Mittelstädt im Landtag den Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU zur Zukunft der ländlichen Räume und des Förderansatzes ausdrücklich begrüßt. In ihrer Rede betonte sie: „Die Grundidee von LEADER muss unbedingt erhalten bleiben. Wir brauchen starke ländliche Räume. Und die ländlichen Räume brauchen Kontinuität, Planungssicherheit und ausreichend Mittel.“

Ministerin Mittelstädt sagte: „Die Entwicklung der ländlichen Räume ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen für unser Land in den kommenden Jahren. Rund zwei Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger leben hier, oft in kleinen dörflichen Gemeinschaften. Die Herausforderungen sind bekannt: der demografische Wandel, die Sicherung der Daseinsvorsorge, der Erhalt wirtschaftlicher Stabilität und Entwicklung, die Unterstützung von Treffpunkten sozialer Gemeinschaft und die Förderung von Zusammenhalt durch den Erhalt lebendiger Ortskerne. Dafür **brauchen wir** auch in Zukunft **ein starkes Förderinstrument**, eine verlässliche Finanzierung und Gestaltungsspielraum vor Ort.“

Der Antrag knüpft an die Arbeit der Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ aus der 6. Wahlperiode (2014 bis 2019) an, deren Handlungsempfehlungen in wesentlichen Punkten weiterhin aktuell sind. Er benennt **LEADER als wichtiges und wirksames Instrument der ländlichen Entwicklung**. Die Menschen vor Ort setzen dabei selbst Schwerpunkte für ihre Region und wählen Projekte aus.

In der **aktuellen Förderperiode 2023 bis 2027** wurden in Brandenburg bereits 604 LEADER-Vorhaben bewilligt: Bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von 245 Millionen Euro fließen dafür 130 Millionen Euro LEADER-Mittel. Weitere 130 Anträge befinden sich derzeit noch in der Prüfung. Bis zum Ende der

Förderperiode stehen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) noch 85 Millionen Euro für weitere Bewilligungen bereit. Die Bewilligungsbehörde ist das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF).

Ministerin Mittelstädt: „Hinter diesen Summen stehen Schulneubauten, sanierte Dorfgemeinschaftshäuser und Vereinsheime sowie viele weitere Projekte, die das **Zusammenleben im ländlichen Raum stärken**. Diese Investitionen stehen für Aufbruch, Bewegung und Zusammenhalt vor Ort. LEADER unterstützt konkrete Projekte, bewirkt aber noch viel mehr: Es stärkt Netzwerke, Engagement und demokratische Teilhabe. Es zeigt den Menschen, dass ihre Ideen gefragt sind und dass sie ihre Heimat aktiv mitgestalten können."

Beteiligung als Kern von LEADER

LEADER ist weit mehr als ein europäisches Förderprogramm. Kommunen, Unternehmen, Vereine und engagierte Menschen entwickeln gemeinsam Strategien für ihre Region, setzen Schwerpunkte, wählen Projekte aus und tragen Verantwortung für die Umsetzung. „Das ist gelebte Partizipation in einer lebendigen Demokratie", betonte Ministerin **Mittelstädt**. Die lokalen Aktionsgruppen leisten dabei unverzichtbare Arbeit, indem sie Menschen und Institutionen zusammenbringen, die sonst nicht selbstverständlich miteinander arbeiten würden.

Sorge vor zentralisierter Förderstruktur

Mit Blick auf die Förderperiode ab 2028 verwies Mittelstädt auf die Vorschläge der Europäischen Kommission für den **Mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034**. Sie sehen vor, Förderbereiche in Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen zu bündeln. „Das bringt unkalkulierbare Risiken mit sich – insbesondere dann, wenn die ländliche Entwicklung, die regionale Verantwortung und die verlässliche Finanzierung an Bedeutung verlieren sollten", warnte **Mittelstädt**. Man dürfe nicht zulassen, dass LEADER und damit der gesamte ländliche Raum in einer stärker zentralisierten Förderstruktur geschwächt oder im Wettbewerb mit anderen wichtigen Förderzielen an den Rand gedrängt werde.

Neuer Film der Brandenburger LAG'en informiert über Bedeutung von LEADER

Welche Bedeutung die LEADER-Förderung für den ländlichen Raum in Brandenburg hat, zeigt auch ein neuer Film der Brandenburger Lokalen Aktionsgruppen (LAG), der jetzt online veröffentlicht wurde.

Link zum Film: https://vimeo.com/1224645223?share=copy&fl=sv&fe=ci

Hintergrund

Die **Abkürzung LEADER** steht für „**L**iaison **E**ntre **A**ctions de **D**éveloppement de l'**É**conomie **R**urale" (wörtlich aus dem Französischen: Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft).

LEADER wird bisher aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Nach den **aktuell vorliegenden Vorschlägen der EU-Kommission** für den

mehrjährigen Finanzrahmen 2028 bis 2034 sollen viele bisherige Förderschwerpunkte künftig in Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (NRPP) gebündelt werden. Daneben soll es eigenständige sektorale Kapitel mit gesonderter Mittelausstattung geben. Schon jetzt zeichnet sich laut Antrag ab, dass für die Umsetzung der NRPP nicht genug Mittel zur Verfügung stehen werden, um Förderungen im bisherigen Umfang fortführen zu können.

Der Landtag fordert die Landesregierung mit dem heute beschlossenen Antrag deshalb auf, sich gegenüber der EU-Kommission und der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Maßnahmen der ländlichen Entwicklung einschließlich **LEADER als Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** möglichst als eigenständiges sektorales Kapitel mit eigenverantwortlicher Zuständigkeit der Länder erhalten bleiben. Dabei soll die Struktur des derzeitigen GAP-Strategieplans weitgehend beibehalten werden.